

A decorative graphic consisting of a grid of small dots in various shades of gray and red, arranged in a pattern that suggests a map of the United States.

Denkzettel trotz Erfolg?

Warum die Demokraten um die Zwischenwahl fürchten müssen

NIELS ANNEN
September 2010

- Die anhaltend hohe Arbeitslosenquote von knapp zehn Prozent und eine sich immer mehr polarisierende politische Stimmung haben die Hoffnung des Präsidenten zunichte gemacht, seine politische Agenda mit Unterstützung aus beiden Parteien umsetzen zu können.
- Angeheizt von der ununterbrochenen Propaganda der rechten Radio- und Fernsehkanäle dominiert ein öffentlicher Diskurs, der die Angst vor steigender Verschuldung mit der Angst vor weiteren Arbeitsplatzverlusten kombiniert und Präsident Obama als einen schwachen, von den Problemen der einfachen Leute abgewandten Politiker charakterisiert.
- Der zunehmende Einfluss der „Tea Party“-Bewegung und die Siege von Rechtsaußenkandidaten haben zu einer deutlichen Verschiebung der Machttektonik innerhalb der republikanischen Partei nach rechts beigetragen.
- Die „midterms“ sind nicht nur ein Test für Barack Obama und die demokratische Partei, sondern auch ein wichtiger Indikator für den Einfluss der „Tea Party“ und ihre politischen Unterstützer innerhalb der Republikanischen Partei.
- Vieles wird in den kommenden Wochen von der Fähigkeit des Präsidenten abhängen, eine angemessene Sprache zu finden und seine Partei hinter sich zu vereinen: Während sich die konservativen Demokraten einerseits teilweise vom Präsidenten distanzieren, versammelt sich der linke Flügel der Demokraten andererseits auch nur zögerlich hinter dem Präsidenten.



Auf den ersten Blick scheint die Lage von Präsident Obama und seiner Demokratischen Partei vor den Kongresswahlen im November dramatisch. Die anhaltend hohe Arbeitslosenquote von knapp zehn Prozent und eine sich immer mehr polarisierende politische Stimmung haben die Hoffnung des Präsidenten zunichte gemacht, seine politische Agenda mit Unterstützung aus beiden Parteien umsetzen zu können. Und obwohl es Barack Obama gelungen ist, mit der Gesundheitsreform und dem Finanzmarktgesetz zwei historische Vorhaben durch den Kongress zu bringen, muss der Präsident ab November um die politische Unterstützung im Kongress fürchten.

39 zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus müssen die Republikaner den Demokraten im November mindestens abnehmen, wenn sie die Mehrheit im Haus gewinnen und ihren Fraktionsvorsitzenden John Boehner, einen Abgeordneten aus Ohio, zum neuen „speaker“ wählen wollen. Folgt man Meinungsforschern wie Charlie Cook, dessen Umfragen in Washington von vielen gelesen werden, dann ist ein Sieg der „Grand Old Party“ (GOP) im November inzwischen die wahrscheinlichste Variante.

Mangelnde Anerkennung für politischen Erfolg

Obama hat seit seiner Amtsübernahme mit zwei Kriegen und einer tiefen Rezession zu kämpfen – eine Ausgangslage wie sie seit FDR kein moderner Präsident zu bewältigen hatte. Angesichts der Problemlast ist die Euphorie der Wahlkampagne schnell verflogen, und in den letzten Umfragen ist die Popularität des Präsidenten deutlich unter 50% gesunken. Obamas Gegnern ist es gelungen, den Präsidenten in der Öffentlichkeit mit der unpopulären und milliarden schweren Bankenrettung zu identifizieren, unabhängig davon, das TARP, wie das „Troubled Asset Relief Program“ auch genannt wird, von seinem Vorgänger Bush auf den Weg gebracht worden ist. Die politischen Auswirkungen des 700 Milliarden Konjunkturpaketes, das Obama durchgesetzt hat, sind für den Präsidenten ebenfalls enttäuschend, denn es ist dem Weißen Haus nicht gelungen, die Erfolge bei der Stabilisierung der Wirtschaft zu kommunizieren. Die Mehrheit der Amerikaner versteht nicht, wieso der Staat Rekordschulden macht, *Wall Street*-Firmen mit Milliarden rettet und trotzdem nicht genügend neue Arbeitsplätze entstehen. Angeheizt von der

ununterbrochenen Propaganda der rechten Radio- und Fernsehkanäle dominiert ein öffentlicher Diskurs, der die Angst vor steigender Verschuldung mit der Angst vor weiteren Arbeitsplatzverlusten kombiniert und Präsident Obama als einen schwachen, von den Problemen der einfachen Leute abgewandten Politiker charakterisiert. Es kursieren auch eine Reihe von Fehllannahmen: Viele republikanische Wähler sind inzwischen davon überzeugt, dass ihr Präsident eine radikale „sozialistische“ Agenda verfolgt. Laut einer Umfrage des PEW-Instituts glauben bis zu einem Drittel der Amerikaner, dass Barack Obama Moslem sei.

Druck von Links und Rechts

In dieser Stimmungslage werden am 2. November alle Mitglieder des Repräsentantenhauses und ein Drittel der Senatoren neu gewählt. Zwar sind Verluste für die Regierungspartei bei den so genannten „midterm elections“ in den USA eher die Regel als die Ausnahme, aber eine Reihe von politischen Faktoren macht den Demokraten das Leben in diesem Jahr zusätzlich schwer.

Obamas heutiger Stabschef Rahm Emanuel hat im Wahlkampf 2008 viele konservative Demokraten zu Kandidaturen in Wahlkreisen ermutigt, die bisher als Hochburgen der Republikaner galten. Diese neu gewählten konservativen Demokraten (oder „moderaten Demokraten“, wie sie in den USA meist genannt werden) sind im November besonders verwundbar. Um ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu erhöhen, distanzieren sich die meisten dieser Abgeordneten vom Präsidenten und seiner Agenda. Auch wenn der Versuch, sich von „Washington“ abzusetzen und den Wahlkampf auf lokale Kandidaten und Themen zu reduzieren aus Sicht der einzelnen Bewerber durchaus sinnvoll sein kann, so hat diese Strategie doch zur Folge, dass das Bild der Demokratischen Partei und die Autorität ihres führenden Repräsentanten Barack Obama insgesamt leiden.

Während sich die konservativen Demokraten vom Präsidenten fernhalten, versammelt sich auf der anderen Seite der linke Flügel der Demokraten nur zögerlich hinter dem Präsidenten. Viele seiner Anhänger sind enttäuscht, dass Obama seine progressive Agenda nicht entschlossen genug vorangetrieben hat und haben wenig Verständnis für seine wiederholten



politischen Angebote an die Republikaner. Einige politische Entscheidungen der vergangenen Monate spiegeln zudem eine Entfremdung zwischen Obama und seiner progressiven Wählerschaft wider. So haben z.B. die Gewerkschaften mit viel Geld versucht, die konservativ-demokratische Senatorin Blanche Lincoln aus Arkansas aus dem Rennen zu werfen, da sie im Senat ein Gesetz verhindert hat, das es den Gewerkschaften erleichtert hätte, neue Mitglieder zu werben. Das Weiße Haus sprach sich jedoch eindeutig für Lincoln aus. Sie gewann knapp, aber das Verhältnis zum Dachverband AFL-CIO ist seitdem angespannt. Und im Gegensatz zu den rechten Medien wie „FOX-News“, die in den Bush-Jahren stets eine Grundloyalität gegenüber dem Präsidenten praktiziert haben, geben eher linke Sender wie MSNBC ihren Unmut über Obama lautstark kund.

Ein neuer politischer Faktor – die „Tea Party“

Die politische Großwetterlage in den USA ist angespannt wie seit den Auseinandersetzungen der 60er Jahre nicht mehr. Und es sind nicht nur die Demokraten, die diese Stimmung zu spüren bekommen. Die „Tea Party“ hat es in den vergangenen Monaten geschafft, die politische Agenda stark mitzubestimmen und ihren Einfluss innerhalb der Republikanischen Partei auszubauen. Während in den letzten Monaten immer mehr von einer generellen Stimmung gegenüber Amtsinhabern jeder Art die Rede war, zeichnen die bisher vorliegenden Ergebnisse bei den Vorwahlen ein differenzierteres Bild. Denn entgegen den Erwartungen vieler Experten konnten sich in zahlreichen Rennen die Kandidaten des Establishments behaupten. Dennoch haben Siege von Rechtsaußen-Kandidaten wie Rand Paul in Kentucky, Sherron Angel in Nebraska und Joe Miller in Alaska die Machttektonik innerhalb der Republikaner deutlich nach rechts verschoben. Von diesem Momentum haben in den letzten Wochen weitere Kandidaten des äußersten rechten Spektrums profitiert, zuletzt die von der „Tea Party“ unterstützte Kandidatin Christine O'Donnell, die in Delaware einen gemäßigten Republikaner in der Senatsvorwahl aus dem Feld schlug. Die „Tea Party“ kann daher den bisherigen Verlauf des Wahljahres als Erfolg werten, denn sie hat es vermocht, mit ihren Themen weit in den politischen Mainstream vorzudringen. Das anschaulichste Beispiel hierfür ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat John McCain, der in seiner Kampagne gleich reihenweise mit seinen

vorherigen, liberaleren Vorstellungen zu Immigration, Religionsfreiheit etc. aufräumte. Im innerparteilichen Wahlkampf gegen seinen von der „Tea Party“ unterstützten Gegner ging McCain mit Vehemenz gegen einen einstmals von ihm selbst eingebrachten Gesetzentwurf zur Einwanderungsreform vor und präsentierte sich als stramm rechter Hardliner. McCain hat die Vorwahl zwar deutlich gewonnen, aber der politische Preis dafür war hoch. „Was die Vietnamesen in fünf Jahren nicht geschafft haben“ sagte ein fassungsloser demokratischer Berater, nämlich John McCain zu brechen, „ist der Tea Party in wenigen Monaten gelungen.“

Die „midterms“ sind daher nicht nur ein Test für Barack Obama und die demokratische Partei, sondern auch ein wichtiger Indikator für den Einfluss der „Tea Party“ und ihre politischen Unterstützer innerhalb der Republikanischen Partei. Ein deutlicher Erfolg der GOP wäre auch ein Signal für die kompromisslose Strategie von Politikern wie Sarah Palin, der Abgeordneten Michelle Bachmann und den Senator Jim DeMint, die mit ihren finanzstarken „Political Action Committees“ gezielt radikale Kandidaten in den republikanischen Vorwahlen unterstützen und moderatere Republikaner mundtot machen. Sollten die Republikaner jedoch wider Erwarten eine Mehrheit im Repräsentantenhaus verpassen und Nancy Pelosi ihren Sprecherposten verteidigen können, würde dies für die zukünftige republikanische Strategie sicher nicht ohne Folgen bleiben.

Mobilisierung der Basis

Bis zu den Wahlen am 2. November sind es zwar noch knapp anderthalb Monate, aber nicht viel spricht dafür, dass sich die Ausgangslage für die Demokraten verbessern wird. Die Angst vor einer „double dip recession“ nimmt zu und die bisherigen Ergebnisse der Vorwahlen zeigen zudem, dass die Wahlbeteiligung auf republikanischer Seite deutlich höher ist als bei den Demokraten. Trotz gut gefüllter „Kriegskassen“ wird es den Demokraten daher schwer fallen, die eigenen Anhänger zu mobilisieren.

Abgesänge auf Präsident Obama kommen dennoch zu früh. Trotz schlechter Ausgangslage ist die Wahl noch nicht entschieden. Viele demokratische Abgeordnete hatten in den letzten Wochen den Eindruck, dass sich das Weiße Haus nicht ausreichend um sie gekümmert



hat. Sie kritisieren, dass Obama, anstatt sich ganz auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu konzentrieren, mit Äußerungen wie der zum Bau einer Moschee in der Nähe von Ground Zero der Gegenseite eine Steilvorlage geliefert hat. Vieles wird in den nächsten Wochen also davon abhängen, ob der Präsident eine angemessene Sprache finden und seine verunsicherte Partei hinter sich versammeln kann. Die Amerikaner sind unzufrieden mit ihrem Präsidenten; aber auch der Radikalismus der „Tea Party“ macht vielen Wählern Angst. Es ist daher sicher kein Zufall, dass Barack Obama mit gezielten Angriffen einer Frau regelmäßig Publicity verschafft: Sarah Palin.

Über den Autor

Niels Annen ist Non-Resident Fellow des German Marshall Fund of the United States. Er ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und war von 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2001 bis 2004 war er Bundesvorsitzender der Jusos.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westliche Industrieländer | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyffert
Leiterin des Referats Westliche Industrieländer

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil> | <http://www.fesdc.org>

Kontakt:
ID-INFO-WIL@fes.de